



**BS-Beschluss öffentlich**  
B669-25/18

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 06/1332

Erfassungsdatum: 26.01.2018

Beschlussdatum:  
22.02.2018

Einbringer:

Dez. I, Amt 10

Beratungsgegenstand:

Bestellung der Integrationsbeauftragten

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Hauptausschuss	29.01.2018	5.21	auf TO der BS gesetzt	einstimmig	0	0
Bürgerschaft	22.02.2018	7.2		mehrheitlich	8	4



*Birgit Socher*

Birgit Socher  
Präsidentin

Beschlusskontrolle:

Termin:

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	
Finanzhaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	

### Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt gemäß § 13 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Frau Anna Gatzke

ab dem 01.03.2018 zur Integrationsbeauftragten.

### Sachdarstellung/ Begründung

Die Stelle der Integrationsbeauftragten/des Integrationsbeauftragten bei der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ist nach Umsetzung der jetzigen Stelleninhaberin auf eigenen Wunsch zum nächstmöglichen Zeitpunkt nachzubeseetzen. Die Ausschreibung der Planstelle erfolgte intern und extern. Intern sind keine und extern 23 Bewerbungen eingegangen.

Frau Gatzke erfüllt das Anforderungsprofil der Stelle und verfügt über einen Bachelorabschluss. Im Vorstellungsgespräch am 23.01.2018 konnte sie ihre praktischen Erfahrungen in der Integrationsarbeit sehr gut darlegen. Der Werdegang von Frau Gatzke ist als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügt.

Nach § 13 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald eine Integrationsbeauftragte bzw. einen Integrationsbeauftragten.

**Anlagen:**

Anlage zur Beschlussvorlage Integrationsbeauftragte (nichtöffentlich)  
Aufgabenbeschreibung Integrationsbeauftragte

## Stellenbeschreibung – Beschäftigte/r

Familienname, Vorname		Funktionsbezeichnung	
		Integrationsbeauftragte/r	
Amt	Abteilung (Einrichtung)	Organisations-Nr.	Tarif, VG und EG:
Büro des Oberbürgermeisters – 01	Beauftragtenbüro	01.00.03.001.0	TVöD/EGO (Anl. 1 – Büro-, Buchhalterei-, sonstiger Innen-/Außendienst),
Beschäftigungsumfang			
Vollzeitbeschäftigung <input type="checkbox"/> Teilzeitbeschäftigung <input checked="" type="checkbox"/> mit 30 Stunden pro Woche			
Ifd. Nr.	Arbeitsvorgänge (auszuübende Tätigkeiten)	Zeitanteil zu 100 %	
1	<p><b>Ansprechpartner(in) in Grundsatzfragen der Integrationspolitik der Universitäts- und Hansestadt Greifswald</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beratung in migrationspolitischen Angelegenheiten und Vermittlung an entsprechende Stellen, wie Caritas, AWO etc.</li> <li>- Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald in Ausländer- und Asylangelegenheiten (Vermittlerfunktion zwischen kommunaler Wohnungsunternehmen und Integrationslotsen von Caritas, Volkssolidarität, AWO oder DRK)</li> <li>- Erarbeitung von Stellungnahmen zu migrantenspezifischen Belangen und Klärung von Beschwerden bei Zuständigkeit</li> <li>- Arbeit im Netzwerk Migration Greifswald und städtische Vertretung im Anwohnerbeirat der Gemeinschaftsunterkunft Brandteichstraße</li> <li>- Kooperation mit dem Netzwerk Migration Vorpommern- Greifswald und Vernetzung von regionalen und überregionalen Angeboten und Projekten der Migrationsarbeit</li> <li>- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Organisation und Durchführung gemeinsamer Aktionen, Veranstaltungen und Fachgespräche zur Förderung einer Toleranz- und Akzeptanzkultur in Zusammenarbeit mit dem Präventionsrat der UHGW, einschließlich Präventionsbeauftragte/r</li> <li>- Erarbeitung von Entscheidungs- und Argumentationshilfen sowie Analysen und Situationsberichte</li> <li>- Förderung des interkulturellen Austausches, einschließlich Zuschussgewährung und Zuwendungsbearbeitung</li> <li>- Schaffung der Voraussetzungen zum Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen</li> <li>- Mitwirkung gegen Fremdenfeindlichkeit und Ungleichbehandlungen von Ausländern</li> <li>- Hilfestellung bei ausländerrechtlichen Fragen und Problemen</li> <li>- Information über die gesetzlichen Möglichkeiten der Einbürgerung</li> <li>- Sicherstellung der Freizügigkeitsrechte der in Deutschland lebenden Unionsbürger</li> </ul>	100	